



Bundesministerium  
für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung



## Bremer Erklärung zur künftigen Meerespolitik der EU

Schlussfolgerungen der Europäischen  
Konferenz „Die künftige Meerespolitik der EU:  
Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“  
vom 2. bis 4. Mai 2007 in Bremen

# Bremer Erklärung zur künftigen Meerespolitik der EU

## Schlussfolgerungen der Europäischen Konferenz

### „Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“ vom 2. bis 4. Mai 2007 in Bremen

#### I. Die Konferenz

- begrüßt den integrierten Ansatz des Grünbuchs und das Ziel der Kommission, erstmals gemeinsam mit den Mitgliedstaaten den Rahmen für eine sektorübergreifende und ganzheitliche Meerespolitik zu entwickeln.
- erkennt die Notwendigkeit an, sich bereits jetzt den künftigen meeres- und küstenbezogenen Herausforderungen zu stellen, einschließlich der Herausforderungen, die sich aus dem Klimawandel, energiepolitischen Änderungen und dem demografischen Wandel ergeben. Der integrierte Ansatz ist der richtige Ansatz, wenn wir das enorme Wirtschaftspotenzial der Meere und der Küstenregionen erschließen und sie gleichzeitig dauerhaft erhalten wollen.
- erinnert, dass die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit auch in der integrierten Meerespolitik beachtet werden müssen. Die möglichen Vorschläge müssen so ausgestaltet werden, dass ihre Umsetzung den regionalen Besonderheiten unterschiedlicher geographischer Räume und bestehenden Übereinkommen für die verschiedenen Meeres- und Küstenräume Europas gerecht werden kann.
- hält als Voraussetzung für Verbesserungsvorschläge in einer kohärenten integrierten Meerespolitik eine systematische und umfassende Evaluation des Status Quo für notwendig. Diese sollte unter Berücksichtigung bestehender Kompetenzen erfolgen und eine umfassende, transparente Darstellung der Finanzströme der EU zur Unterstützung maritimer Ziele einschließen.
- unterstreicht die Bedeutung der Integration der Thematischen Strategie für die Meeresumwelt und der Meeresstrategie-Richtlinie als Umweltsäule der künftigen Meerespolitik für die EU.
- befürwortet eine Fortführung der Initiativen für bessere Rechtsetzung durch verbesserte Abstimmung innerhalb der Kommission, zwischen mitgliedstaatlicher und europäischer Ebene und durch transparente Einbindung aller betroffenen Stakeholder.
- fordert die Kommission auf, bis Anfang Oktober einen Europäischen Aktionsplan für die Meerespolitik zu erarbeiten und vorzulegen, der
  - die im Grünbuch thematisierten Fragen voranbringt, insbesondere die Fragen, die von der Konferenz – als Meilenstein des laufenden öffentlichen Konsultationsverfahrens – als konsensfähig identifiziert wurden,
  - zielführende Handlungsvorschläge für eine integrierte Meerespolitik unterbreitet und
  - unter Wahrung der Subsidiarität die Interessierten, insbesondere die Regierungen, die Regionen und die Sozialpartner, stärker in die Entwicklung positiver Rahmenbedingungen für eine integrierte Meerespolitik einbezieht.

## II. Für den weiteren Prozess hat die Konferenz folgende europäisch konsensfähige Themen und mögliche Aktionen identifiziert:

### Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit stärken

- Die globale Wettbewerbsfähigkeit des Seeverkehrs, des Schiffbaus, der Schiffsausrüstung, der Zulieferer, der maritimen Dienste und der Hafenvirtschaft ist für die EU von erheblicher Bedeutung. Die Konferenz hält daher die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Fähigkeit der maritimen Wirtschaft, mehr und hochwertigere Arbeitsplätze zu schaffen, in Verbindung mit einer optimierten und abgestimmten Nutzung des wirtschaftlichen Potenzials des Meeresraumes, bei gleichzeitigem Schutz der Meeresumwelt für herausragende Ziele einer integrierten Meerespolitik.
- Die Schifffahrt sollte in die Lage versetzt werden, ihre Aufgabe als Träger des Welthandels zu erfüllen und ihr Potenzial als umweltfreundlicher und gleichzeitig energieeffizienter Verkehrsträger in einer globalisierten Weltwirtschaft auszuschöpfen. Dazu benötigt die Schifffahrt eine Verbesserung der Infrastruktur in der EU, die Entwicklung und den Einsatz innovativer Technologien (IuK) und eine Verbesserung der Schnittstellen in den Transportketten. Dies schließt die Anbindung und Vernetzung mit den Binnenverkehrswegen und die weitere Entwicklung der Meeresautobahnen und des Kurzstreckenseeverkehrs ein. Diese Funktionen müssen auch im Rahmen des TEN-V entsprechend Eingang finden. Der Schiffsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten muss unbürokratisch möglich sein.
- Die Konferenz sieht die Notwendigkeit, die Bildung von maritimen Clustern in und zwischen maritimer Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern und eine Vernetzung der maritimen Cluster in der EU zu unterstützen.
- Die Bedeutung des Meeres- und Küstentourismus in Europa muss anerkannt und nachhaltig gefördert werden, da diese Tätigkeiten einen wichtigen Beitrag zur europäischen Wirtschaft leisten, indem sie Millionen von Arbeitsplätzen bieten und eine erhebliche Wertschöpfung bedeuten.
- Der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Meeres als Energiequelle, einschließlich erneuerbarer Energien, und als Verkehrsweg für Schiffe und Pipelines muss in einer integrierten Meerespolitik Rechnung getragen werden.
- Gut ausgebildetes und motiviertes Personal ist ein Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung, um den Wettbewerbsvorteil Europas zu wahren und auszubauen. Ziel einer integrierten Meerespolitik muss es sein, beste Rahmenbedingungen für anspruchsvolle, bedarfsorientierte Ausbildung mit hohem Qualifizierungsstandard zu erreichen. Die maritimen Branchen können attraktive Berufe und gute Beschäftigungsperspektiven bieten. Diese Botschaft muss stärker in den Vordergrund gerückt werden. Die Konferenz fordert die Sozialpartner auf, konkrete Vorschläge vorzulegen, wie die Rahmenbedingungen für Wachstum, Beschäftigung und Investitionen in der maritimen Wirtschaft nachhaltig verbessert werden können.
- Die Konferenz fordert die Mitgliedstaaten auf, auf die Ratifizierung und nationale Umsetzung von internationalen Übereinkommen und Beschlüssen mit Nachdruck hinzuarbeiten. Dies gilt insbesondere für das im Februar 2006 von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angenommene Übereinkommen über Arbeitsnormen im Seeverkehr. Die Mitgliedstaaten sollten auch das ergänzende ILO-Übereinkommen für Fischereibesetzte möglichst schnell zu einem erfolgreichen Abschluss führen und das Internationale Übereinkommen über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (STCW-F) sowie das Torremolinos-Protokoll ratifizieren und umsetzen. Auch die Sozialpartner sollten bei ihren Verhandlungen eine weitere Harmonisierung anstreben.

## **Gemeinsame Verantwortung für die Meere praktizieren**

- Eine gesunde Meeresumwelt ist unabdingbar für die Lebensqualität der Menschen. Nachhaltiger Schutz und Erhalt des Ökosystems der Ozeane und Meere sind notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Nutzung der Ressource Meer und die Entfaltung von Wirtschaftsdynamik. Die Ergebnisse der Klimaforschung zeigen zudem, dass ein entschlossenes und vorausschauendes Handeln notwendig ist, damit die Weltmeere kritische Systemgrenzen nicht überschreiten.
- Die Konferenz unterstützt das Ziel einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände und anderer natürlicher Ressourcen und betont die Notwendigkeit, konsequenter als bisher der Überfischung der Meere, der Schädigung von Meeresorganismen und Lebensräumen durch destruktive Fangpraktiken wie der Tiefsee-Schleppnetzfisherei und bestehenden Defiziten bei der Überwachung und Durchsetzung von Fangquoten entgegen zu treten. Die Konferenz fordert darüber hinaus insbesondere die Intensivierung der Bekämpfung der illegalen, nicht angemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei) und die Nutzung nachhaltiger Fischereimethoden.
- Die Konferenz begrüßt, dass sich der Unterausschuss der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) der Themen Luftverschmutzung und CO<sub>2</sub>-Reduktion auf See und in Häfen annimmt und fordert den Ausschuss nachdrücklich auf, diesen Themen eine hohe Priorität einzuräumen, da beide Themen einer globalen Lösung bedürfen. Die EU sollte diese Initiative im Rahmen ihrer abgestimmten Meerespolitik fördern.
- Die Konferenz erwartet von einer integrierten Meerespolitik, dass sie aufgrund der wechselseitigen Beeinflussung eine vollständige Verknüpfung von Umweltschutzpolitik für Land und Meere anstrebt. Die Konferenz fordert daher die Kommission auf, die meereschutzrelevanten Regelungen der EU, insbesondere die Meeresstrategie-Richtlinie sowie die Regelungen zur Fischerei und zur Landwirtschaft in einer kohärenten, integrierten Meerespolitik zusammen zu führen.
- Der nachhaltige Umgang mit den Meeresressourcen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des UN-Seerechtsübereinkommens (UNCLOS) muss integraler Bestandteil der Außen- und Nachbarschaftspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit der EU sein. Die EU sollte sich verstärkt für den Schutz der Biodiversität auf der hohen See einsetzen.
- Die Konferenz erwartet von einer integrierten Meerespolitik eine besser abgestimmte Koordinierung internationaler Aktivitäten der Mitgliedstaaten und einen verbesserten Informationsaustausch sowie bessere Zusammenarbeit zwischen europäischer und nationaler Ebene. Inhaltlich ist angesichts des internationalen Wettbewerbs darauf zu achten, dass europäische Regeln nicht zu Wettbewerbsnachteilen für den Standort Europa führen. Europa braucht für die Schifffahrt und die maritimen Wirtschaftstätigkeiten gleiche Wettbewerbsbedingungen weltweit, um zu verhindern, dass Betriebe durch Verlagerung ihres Sitzes die hohen europäischen Standards umgehen. Dies muss das Ziel aller europäischen Akteure in dieser globalisierten Industrie sein. Die Konferenz hält es insbesondere für unerlässlich, dass umwelt- und sicherheitsrelevante Vorschriften, die sich an Schiffe und Besatzungen richten, international verbindlich geregelt werden.
- Sicherheit im Seeverkehr und Schiffsbetrieb und Schutz vor äußerer Bedrohung sind politisch wichtige Aufgaben. Eine enge Abstimmung der zuständigen Akteure ist unerlässlich. Deshalb muss ein Ansatz zur Förderung der Interaktion und Integration maritimer Politikfelder unbedingt auch Aspekte der Sicherheitspolitik einschließen.

## **Forschung und Innovationen stärken**

- Forschung und Innovation sind unabdingbare Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung in der Meereswirtschaft und die Bewältigung anstehender globaler

Herausforderungen wie der Erderwärmung und des Verlustes an Biodiversität. Auf dem Weg zu einer integrierten Meerespolitik braucht Europa daher sowohl Exzellenz in den Einzeldisziplinen als auch eine verstärkte interdisziplinäre und grenzüberschreitende Vernetzung von Naturwissenschaften, technischer Anwendung und Sozialwissenschaften.

- Die europäische Kompetenz im Bereich meeresbezogener Forschung und Wissenschaft und das darin begründete Innovationspotenzial muss durch verbesserte Kooperation der Forschungseinrichtungen untereinander sowie einen verbesserten Wissenstransfer zwischen Forschung, Wirtschaft und Politik gestärkt werden.
- Die Konferenz bittet die Kommission, die Koordination der Europäischen Meeresforschung zu gewährleisten und die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle („European Maritime Research Secretariat“) im Sinne des one-stop-shop zu prüfen. In diesem Zusammenhang sollte der Nutzen einer Kartierung und Datenerfassung der Meeres- und Küstengewässer und -regionen der Mitgliedstaaten und des Meeresbodens für marine Wissenschaften, wirtschaftliche Nutzungen, Rohstofferkundung, ökologischen Schutz und Umsetzung europäischer Regelwerke (insbesondere künftige Meeresstrategie-Richtlinie, Wasser-Rahmen-Richtlinie, Natura 2000) geprüft werden.
- Eine auf Dauer angelegte regelmäßige Überwachung der Meeresumwelt ist unerlässliche Grundlage für den Schutz von Arten und Ökosystemen und zur Unterstützung ökonomischer Entscheidungen. Dazu ist es erforderlich, die operativen ozeanographischen Überwachungssysteme zu erweitern und zu harmonisieren. Die Zusammenführung von Daten aus in-situ-Messungen, Fernerkundungsinformationen und Modelldaten ist zu verbessern; zugleich müssen Messmethoden und numerische Modelle weiter entwickelt werden.
- Die Daten über die Meeresumwelt müssen durch ein einheitliches Datenmanagementsystem zur Verfügung gestellt werden.
- Die Konferenz hält es für wichtig, die Einrichtung einer regelmäßigen interdisziplinären Konferenz zur verstärkten interdisziplinären Vernetzung von Forschung, Wirtschaft und Politik zu prüfen.

### **Leben an der Küste verbessern**

- Küstenregionen und -städte sind geschichtlich, kulturell, ökologisch und landschaftlich hoch attraktive Lebensräume, die ein hohes Identifikationspotenzial für die dort wohnenden, arbeitenden oder Erholung suchenden Bürgerinnen und Bürger aufweisen. Viele Hafenstädte stehen dabei vor der Herausforderung, den wirtschaftlichen Strukturwandel als Chance positiv zu nutzen, etwa durch modern umgestaltete ehemalige Hafenquartiere, die Anbindung von Hafengebieten an kulturelle und soziale Zentren, die Bewahrung des maritimen Erbes und die Förderung des Tourismus.
- Eine nachhaltig hohe Qualität des Meeres- und Küstentourismus erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Küstenregionen, schafft Arbeitsplätze, gilt als Standortfaktor und kann identitätsstiftend für die jeweilige Region sein. Die Kommission wird gebeten, den regionalen wie überregionalen Austausch von Erfahrungen, „best practice“-Beispielen und Kooperationsmodellen für nachhaltigen Küstentourismus, Stadtentwicklungsprojekte und den Schutz des maritimen Erbes weiter zu fördern.
- Die Küstenregionen sind Schnittstellen konkurrierender Nutzungs- und Schutzinteressen. Raumplanung und Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) zu Lande und auf dem Meer müssen nach Maßgabe einheitlicher Grundsätze international abgestimmt und vorrangig lokal und regional durchgeführt werden. Die Konferenz bittet die Kommission, die regionalen und nationalen Akteure bei der Umsetzung der mitgliedstaatlichen IKZM-Strategien zu unterstützen. Aufgrund des steigenden überregionalen Koordinierungsbedarfs sollte zudem der Mehrwert einer europäischen Plattform für einen informellen Informationsaustausch der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Raumplanung geprüft werden.